

War das wirklich so gewollt? Die Bundestagswahl 2013 und das Wählerverhalten

Bernhard Weßels

Die Bundestagswahl 2013 reiht sich in die Kette ungewöhnlicher Bundestagswahlen im 21. Jahrhundert ein. Erstens erschütterten die Wählerinnen und Wähler mit ihren Stimmabgaben am 22. September letzten Jahres das deutsche Parteiensystem. Zweitens war die Bundestagswahl 2013 diejenige, bei der die Volatilität, also die Veränderung der Stimmenanteile der Parteien von einer Wahl zur anderen, stärker war als bei jeder anderen Bundestagswahl zuvor. Drittens führte das Wahlergebnis nach für Deutschland relativ langen Verhandlungen in eine Regierung der Koalition der beiden großen Parteien, CDU/CSU und SPD. Eine Große Koalition hatte es zuvor in der Geschichte der Bundesrepublik nur zweimal gegeben.

Von einer Erschütterung des Parteiensystems zu sprechen, ist angesichts des Umstandes, dass die FDP zum ersten Mal in ihrer Geschichte nicht in den Bundestag einziehen konnte, wohl keine Übertreibung. Immerhin war die FDP in der bisherigen Geschichte der Bundesrepublik länger als jede andere Partei an der Regierung beteiligt. Sie war Koalitionspartner der Union von 1949 bis 1965, der Sozialdemokraten von 1969 bis 1982 und wieder der Union 1982 bis 1998 und 2009 bis 2013 – insgesamt also Koalitionspartner in 49 von 64 Regierungsjahren. Nach ihrem größten Wahlerfolg bei der Bundestagswahl 2009, wo sie 14,6 Prozent der Zweitstimmen erhielt, rutschte sie 2013 auf 4,8 Prozent ab. Im Gegenzug konnte mit der Alternative für Deutschland (AfD) eine neue Partei einen kometenhaften Aufstieg verzeichnen, der ihr innerhalb weniger Monate nach ihrer Gründung im Februar 2013 zu 4,7 Prozent der Zweitstimmen verhalf. Ein weiterer Ausdruck dafür, wie stark das Abstimmungsverhalten die Parteiensystemstruktur erschüttert hat, hängt mit dem Niedergang der FDP und dem Aufstieg der AfD zusammen: Der Anteil der Wählerinnen und Wähler, die einer Partei die Stimme gaben, die nicht im Bundestag vertreten ist, lag mit 15,8 Prozent extrem hoch – 2009 hatte dieser Anteil 6,1 Prozent betragen, 2005 etwa vier und 2002 drei.

Die Volatilität ist rasant angestiegen. Lag sie 2002 noch bei 6,5 Prozentpunkten, so hat sie nach einem Anstieg auf 8,1 Prozentpunkte 2005 und auf 12,6 Prozentpunkte 2009 bei der Bundestagswahl 2013 mit 15,4 Prozentpunkten den bisherigen Höchststand in der Geschichte der Bundesrepublik erreicht. Lediglich zwischen der Bundestagswahl 1949 und 1953 gab es mit 14,2 Prozentpunkten eine ähnlich starke Bewegung.

Während die erste Große Koalition 1966 bis 1969 das Ergebnis einer Koalitionskrise und Neubildung der Regierung war, sind die beiden Großen Koalitionen 2005 bis 2009 und die derzeitige auf Wahlergebnisse zurückzuführen. Die Absage an Ampelkoalitionen, also Regierungskoalitionen mit mehr als zwei Parteien, ließen 2009 nur eine Große Koalition aus CDU/CSU und SPD zu. Allerdings wären rechnerisch alternative Regierungsmehrheiten entweder unter CDU/CSU- oder SPD-Führung möglich gewesen. 2013 stellte sich die Situation anders dar. Bündnis 90/Die Grünen wollten nicht mit der CDU/CSU, die CDU/CSU ebenso wie die SPD nicht mit der Linken koalieren. Ein Bündnis links der Mitte hätte nicht ge- reicht, ein Bündnis rechts der Mitte war aufgrund des Ausscheidens der FDP nicht möglich, so blieb die Große Koalition.

Die Besonderheiten bei der Bundestagswahl 2013 sind in den Kontext der letzten Bundestagswahlen und der Veränderung des Wahlverhaltens zu stellen. Es

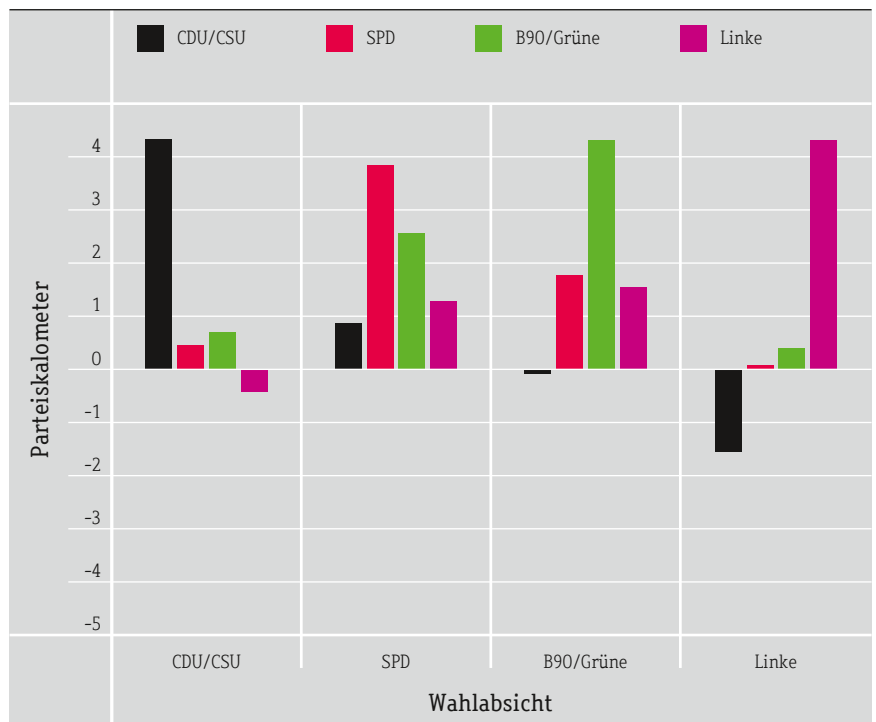
Summary: Voter behavior has changed fundamentally. In the 2013 general election, volatility – the change of parties' vote shares from one election to another – was greater than in any other federal election. The proportion of swing voters has also risen sharply. However, voters did not necessarily intend to bring about the ultimate election results: the grand coalition. Voter change and its consequences are being examined in the German Longitudinal Election Study (GLES), analyzing Bundestag elections from 2009 to 2017.

Kurz gefasst: Das Wählerverhalten hat sich nachhaltig verändert. Bei der Bundestagswahl 2013 war die Volatilität, die Veränderung der Stimmenanteile der Parteien von einer Wahl zur anderen, stärker als bei jeder anderen Bundestagswahl zuvor. Auch der Anteil der Wechselwähler ist stark gestiegen. Dabei war das Ergebnis der Wahl, die Große Koalition, nicht unbedingt von den Wählern intendiert. Der Wählerwandel und dessen Konsequenzen werden mit der German Longitudinal Election Study (GLES) untersucht, die die Bundestagswahlen von 2009 bis 2017 analysieren wird.

ist nicht nur die Volatilität, sondern das individuelle Wechselwahlverhalten selbst, das sich seit 1990 stark erhöht hat. Davor lag der Anteil der Wechselwähler bei etwa 14 Prozent, 2002 etwa doppelt so hoch und nun bei etwa 35 Prozent. Einen fast so rapiden Aufstieg verzeichnete das Stimmensplitting bis 2009: Von etwa 15 Prozent stieg der Anteil kontinuierlich auf über 26 Prozent 2009 an. Aufgrund der Wahlrechtsänderung, die Überhangmandate kompensiert, ist der Grund für ein strategisches Stimmensplitting 2013 entfallen und zurückgegangen. Was diese großen Trends aber zeigen, ist, dass die Wähler in Deutschland im wahrsten Sinne in Bewegung sind: Es wird mehr gewechselt, mehr strategisch gewählt und sich immer später entschieden.

Erklärungen für diesen Wählerwandel und dessen Konsequenzen sind nicht schnell zu haben. Die Beobachtung nur einer Wahl erlaubt keine Beurteilung ihrer Besonderheiten gegenüber anderen Wahlen oder eine Antwort auf die Frage, ob wir es mit mittelfristigen Entwicklungen und Trends zu tun haben. Die vergangenen Bundestagswahlen verweisen auf einen fundamentalen Wandel im Wahlverhalten, für den systematische und theoretisch belastbare Erklärungen von Nöten sind, wenn wir verstehen wollen, welche Konsequenzen sich für die Politik, die Parteien und die Wählerinnen und Wähler selbst ergeben. Fragen an das gestiegene Wechselwahlverhalten lassen sich zum Beispiel nur beantworten, wenn ein Zeitvergleich möglich ist. Wie die Mechanismen späten Entscheidens funktionieren und was die Gründe sind, die dann zu einem bestimmten Wahlverhalten führen, lässt sich nur untersuchen, wenn Kurzfrisdynamiken im Wahlkampf beobachtet werden.

Die German Longitudinal Election Study (GLES), gefördert durch die Deutsche Forschungsgemeinschaft, will diese Fragen beantworten (<http://gles.eu/wordpress/>). In Kooperation der Universitäten Frankfurt a.M. und Mannheim sowie dem GESIS Leibniz-Institut für Sozialwissenschaften in Mannheim und dem WZB werden über drei Bundestagswahlen von 2009 bis 2017 die Phänomene und Konsequenzen des Wählerwandels untersucht. Für die Analyse der mittelfristigen Entwicklungen wird das Instrument der Panel-Befragung eingesetzt, also die Befragung derselben Personen über drei Wahlen hinweg. Damit lässt



Abbildung

Was halten Sie so ganz allgemein von den einzelnen politischen Parteien? Sagen Sie es mir bitte anhand dieser Skala. -5 heißt, dass Sie überhaupt nichts von der Partei halten, +5 heißt, dass Sie sehr viel von der Partei halten. Mit den Werten dazwischen können Sie Ihre Meinung abstimmen.

sich nicht nur bestimmen, ob eine Wechselwahl vorliegt, sondern auch, in welchem Verhältnis das zu der Änderung der Präferenzen der Bürger oder zu einer veränderten Beurteilung der politischen Akteure – Parteien und Kandidaten – steht. Mit einer drei- bis viermal im Jahr stattfindenden repräsentativen Onlinebefragung wird darüber hinaus die Entwicklung zwischen den Wahlen beobachtet. Zur Erfassung der Dynamik im Wahlkampf dienen ein Wahlkampf-Panel und eine repräsentative Querschnittsbefragung per Telefon, bei der täglich über sechs Wochen vor dem Wahltag und nach der Wahl jeweils mehr als 100 Personen befragt werden. So lassen sich tagesgenau Einflüsse des Wahlkampfes und der politischen Ereignisse im Wahlkampf untersuchen.

Die Veränderung der Wahlkämpfe, die vielfach konstatierte zunehmende Personalisierung von Wahlkämpfen und die veränderten Formen der Wähleransprache sind Faktoren, die sicherlich mit zu der Veränderung der Wählerkalküle beitragen. Daher umfasst die GLES eine Befragung der Kandidaten zum Deutschen Bundestag wie eine Untersuchung der TV-Duelle. Zur Beobachtung der Angebotsseite der Politik und des Wahlkampfes gehören auch inhaltsanalytische Medienanalysen. Um möglichst alle Faktoren, die das Wahlverhalten bestimmen können, in den Blick zu nehmen, gehören zu den wichtigsten Instrumenten der GLES die persönlichen Befragungen in einem repräsentativen Vorwahlquerschnitt der Bevölkerung und in einem repräsentativen Nachwahlquerschnitt. Die Querschnittsbefragungen erlauben es, mehr oder minder alle Faktoren, die in den Theorien des Wahlverhaltens eine Rolle spielen, zu untersuchen. Die einzelnen Befragungs- und Datenkomponenten der GLES sind aufeinander abgestimmt und aufeinander beziehbar. So können wir zum Beispiel untersuchen, ob die Anstrengungen, die Kandidatinnen und Kandidaten in ihrem Wahlkreis unternehmen, von den Wählerinnen und Wählern überhaupt wahrgenommen werden und welche Effekte sich hieraus ergeben.

Die Daten der GLES werden der Öffentlichkeit unmittelbar nach technischer Fertigstellung bei der GESIS zum Herunterladen zur Verfügung gestellt (<http://www.gesis.org/wahlen/gles/>). Die über 4.000 Downloads seit der Bundestagswahl 2009 verweisen darauf, dass die Daten relevant für die wissenschaftliche Community sind und dass die Idee, große Fragen nicht nur auf wenigen Schultern abzuladen, aufgegangen ist. Im Gegensatz zur Demoskopie und Meinungsforschung, die uns tagesaktuell über die Stimmungslage der Bevölkerung aufklären kann, betreibt die Wahlforschung Grundlagenforschung, die neben der Kontextualisierung von Phänomenen eben auch deren Erklärung zum Ziel hat.

Was am Ende eines solchen Forschungsprojekts stehen sollte, ist, dass wir verstehen, wie und warum sich das Wählerverhalten geändert hat und in welche Richtung. Erklären und Verstehen bedeutet Reduktion von Unsicherheit, in der sich derzeit wohl Politiker und Parteien ebenso befinden wie Wähler selbst. Alte Gewissheiten halten nicht mehr; die Dynamik und Flexibilität im Wahlverhalten hat so stark zugenommen, dass es für alle Beteiligten schwer ist abzuschätzen, wie ein Wahlergebnis ausfallen wird und welche Konsequenzen es hat.

Und die Bundestagswahl 2013? Große Koalitionen sollten Sonderfall sein. Regierung im Wartestand, also die Möglichkeit einer echten Ablösung einer Regierung ist nur gegeben, wenn eine der großen Parteien in der Opposition ist. Mit der jetzigen Regierung haben wir nicht nur nicht eine große Partei als Regierungspartei im Wartestand, sondern eine Opposition, die mit 127 Sitzen von einer Parlamentsmehrheit der Regierung von 504 Sitzen, das sind 79,9 Prozent der Sitze, alles andere als Regierung im Wartestand sein kann. Kann das von den Wählerinnen und Wählern so gewollt gewesen sein?

In der Tat verweisen die Ergebnisse unserer Vorwahlbefragung darauf, dass eine Große Koalition am stärksten und eine rot-grüne Koalition am zweitstärksten gewünscht worden ist. Es zeigt sich aber auch, dass deutlich mehr Wähler davon ausgingen, es werde wieder eine schwarz-gelbe Koalition geben. In der eingeschätzten Koalitionswahrscheinlichkeit folgt darauf mit Abstand eine Große Koalition und noch größerem Abstand eine rot-grüne Koalition. Wurde die Große Koalition präferiert, aber nicht für wahrscheinlich gehalten? Nicht ganz – oder jedenfalls nicht von allen Wählern der Bundestagsparteien. Wer seine Zweit-



Bernhard Weßels ist Senior Researcher der Abteilung Demokratie und Demokratisierung und Professor am Institut für Sozialwissenschaften der Humboldt-Universität zu Berlin. Er hat am WZB die Federführung für die von der DFG geförderte Deutsche Wahlstudie 2009-2017. (Foto: David Ausserhofer)

bernhard.wessels@wzb.eu

stimme der CDU/CSU geben wollte, präferierte ganz deutlich und mit Abstand eine schwarz-gelbe Koalition vor einer Großen Koalition. Wer aber der SPD seine Stimme geben wollte, bevorzugte mit deutlichem Abstand eine rot-grüne Koalition vor einer Großen Koalition. Diejenigen, die die Grünen wählen wollten, wollten an erster Stelle eine rot-grüne Koalition, an zweiter Stelle eine rot-rot-grüne Koalition und erst an dritter Stelle eine Große Koalition. Für diejenigen, die die Linke wählen wollten, stand an erste Stelle eine rot-rot-grüne, an zweiter Stelle eine rot-grüne und erst an dritter Stelle eine Große Koalition. Mit anderen Worten: Keine der Parteiwählerschaften präferierte die Große Koalition an erster Stelle, und die Koalitionspräferenzen waren zwischen den Lagern deutlich unterscheidbar.

Bei den Koalitionserwartungen bestand weit mehr Übereinstimmung: Mit Ausnahme der potenziellen SPD-Wähler sahen alle und insbesondere diejenigen mit CDU/CSU-Wahlabsicht die größten Chancen für eine schwarz-gelbe Koalition und die zweitgrößten für eine Große Koalition – bei denjenigen mit SPD-Wahlabsicht war es umgekehrt. Die Einschätzungen der Parteien durch die jeweiligen Wählerschaften sprachen ebenfalls nicht für eine Große Koalition. Diejenigen, die beabsichtigten, eine bestimmte Partei zu wählen, sprachen ihr auch extrem hohe Sympathiewerte zu. Im Gegensatz dazu konnte bei potenziellen CDU/CSU-Wählern weder die SPD besonders gute Sympathiegrade für sich verbuchen – die Grünen rangieren hier leicht besser – noch bei den potenziellen SPD-Wählern die CDU – hier fährt Bündnis 90/Die Grünen und auch die Linke besser. Präferenzgesteuert zustande gekommen ist die Große Koalition also nicht, auch wenn viele Wählerinnen und Wähler schon den Realismus zeigten, dass es möglicherweise zu solch einer Regierung kommen würde. Aus der Perspektive derjenigen, die für die CDU/CSU oder die SPD stimmen wollten, kann ganz klar gesagt werden: Die Mehrheit derjenigen, die für die jetzigen Koalitionsparteien gestimmt haben, hat das nicht gewollt.

Literatur

Bytzek, Evelyn/Robteutscher, Sigrid (Hg.): Der unbekannte Wähler? Mythen und Fakten über das Wahlverhalten der Deutschen. Frankfurt am Main: Campus 2011.

*Rattinger, Hans/Robteutscher, Sigrid/Schmitt-Beck, Rüdiger u.a.: Zwischen Lange-
weile und Extremen: Die Bundestagswahl 2009. Baden-Baden: Nomos 2011.*

*Weßels, Bernhard/Schoen, Harald/Gabriel, Oscar W. (Hg.): Wahlen und Wähler. Analy-
sen aus Anlass der Bundestagswahl 2009. Wiesbaden: Springer VS 2013.*